

<b>ANTRAG</b>  Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadträtin Anne Segor (GRÜNE) Stadträtin Uta van Hoffs (GRÜNE) Stadträtin Dr. Dorothea Polle-Holl (GRÜNE) Stadtrat Johannes Honné (GRÜNE) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  vom 16.06.2011	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>26. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>26.07.2011</b> <b>806</b> <b>23</b>  <b>öffentlich</b>
<b>Weiterentwicklung von Karlsruher Schulen zu Ganztags- und Gemeinschaftsschulen</b>		

Im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung ist die Weiterentwicklung der Ganztagschulen sowie die Möglichkeit der Einrichtung von Gemeinschaftsschulen festgelegt. Detaillierte Ausführungsbestimmungen werden zum Herbst dieses Jahres erwartet.

Um die dort geplanten Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Schulsystems zügig umsetzen zu können, wird die Stadtverwaltung beauftragt, folgende vorbereitende Untersuchungen durchzuführen:

A) Zur Umsetzung von Ganztagschulen:

1. Die Karlsruher allgemeinbildenden Schulen werden hinsichtlich ihrer räumlichen Kapazitäten und hinsichtlich der Bereitschaft der schulischen Gremien zur Weiterentwicklung zu einer Ganztagschule untersucht.
2. Als Ergebnis wird ein Stufenmodell entwickelt mit dem Ziel einer deutlichen Erhöhung der Anzahl der offenen sowie gebundenen Ganztagschulen. Das Stufenmodell erfasst auf einer Zeitschiene alle Schulen, die sich mittelfristig für eine Umwandlung eignen, sowie die notwendigen Maßnahmen (räumliche, finanzielle, organisatorische und pädagogische), die zur Weiterentwicklung zu einer Ganztagschule notwendig sind.
3. Das Ergebnis wird im Schulbeirat und der Arbeitsgruppe Schulentwicklung diskutiert.

**B) Zur Umsetzung von Gemeinschaftsschulen:**

1. Alle allgemein bildenden Schulen im Sekundarbereich sowie die zweizügigen Grundschulen werden hinsichtlich ihrer möglichen Weiterentwicklung zu einer Gemeinschaftsschule untersucht.
2. Die schulischen Gremien werden von Seiten der Stadtverwaltung umfassend informiert und im Falle einer Eignung der Schule frühzeitig in die anschließende konzeptionelle Arbeit einbezogen.
3. Die unterschiedlichen Potentiale der Schulen werden nach finanziellen, räumlichen und personellen Kriterien gewichtet und im Schulbeirat und der Arbeitsgruppe Schulentwicklung diskutiert.

**Sachverhalt/Begründung:**

Die neue Landesregierung plant die gesetzliche Verankerung der Ganztagschule als Regelschule und hat zugesichert, dass den Schulträgern Lehrer/-innenstellen und Mittelbudgets für den Ausbau zur Verfügung gestellt werden. Kürzungen der Lehrer/-innenstunden an vorhandenen Ganztagschulen mit besonderen sozialen und pädagogischen Aufgabenstellungen werden zurückgenommen.

Die Chancen, die sich durch diese Neuregelungen eröffnen, sollten im Interesse der Schülerinnen und Schüler möglichst schnell wahrgenommen werden. Die Umsetzung erfordert umfangreiche Voruntersuchungen und Abstimmungen mit schulischen und städtischen Gremien. Diese sollten durchgeführt und abgeschlossen sein, bis detaillierte Ausführungsbestimmungen erarbeitet worden sind.

Ebenso wird die Landesregierung Gemeinschaftsschulen, inhaltlich weitgehend übereinstimmend mit den von vielen Kommunen beantragten Modellschulen, im Schulgesetz verankern. Neben der geplanten Entwicklung eines tragfähigen, pädagogisch anspruchsvollen Konzeptes für die neue Schule Südstadt-Ost sollten auch die anderen Schulen im Stadtgebiet unter dem Gesichtspunkt einer möglichen Weiterentwicklung zu einer Gemeinschaftsschule untersucht werden. Auf diese Weise könnte neben der Sonderform einer einzügigen Gemeinschaftsschule (Neue Schule Südstadt-Ost), die erst nach dem kontinuierlichen Aufbau der Grundschule verwirklicht werden kann, eine weitere bereits vorhandene Schule mit entsprechendem Po-

tential zu einer Gemeinschaftsschule werden. Voraussetzung dafür ist die aktive Unterstützung der schulischen Gremien, der Elternschaft, der Schülerinnen und Schüler sowie ein tragfähiges pädagogisches Konzept, um anschließend an eine vierjährige Grundschule alle Bildungsstandards der Sekundarstufe I anbieten zu können.

unterzeichnet von:

Bettina Lisbach

Anne Segor

Uta van Hoffs

Dr. Dorothea Polle-Holl

Johannes Honné

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

15. Juli 2011